

Neues aus dem Landtag

Ausgabe: Juni 2019

- » Verpflichtendes **Tierwohllabel**
- » **Moderner Wohnungsbau** in Niedersachsen
- » **Gute-Kita-Gesetz**
- » Regierungskoalition will **digitaler bauen**



Liebe Leserinnen und Leser,

in der vergangenen Plenarwoche stand ein **verpflichtendes Tierwohllabel** im Fokus. Unsere Landwirtschaftsministerin Barbara Otte-Kinast wird sich dafür auf Bundesebene einsetzen. Ziel ist es, den Verbrauchern eine transparente Kaufentscheidung zu ermöglichen. Weiterhin standen, neben vielen anderen Themen, die Stärkung der beruflichen Bildung und der Erhalt seltener Nutztierassen auf der Tagesordnung.

Außerdem durfte ich zum Antrag der Grünen „**Abschiebungspraxis entschärfen**“ im Landtag eine Rede halten. Dazu sage ich nur: Wir stehen zu unserer Verantwortung. Wer aus Kriegsgebieten zu uns kommt, der wird bei uns Asyl erhalten.

Allerdings gibt es eine zweite Seite der Medaille. Wer unsere Hilfe in einer Notlage in Anspruch nimmt, der weiß, dass er diese nicht auf Dauer und auf alle Ewigkeit in Anspruch nehmen kann. Daher ist er dazu verpflichtet auszureisen, wenn das Asyl- oder Bleiberecht beendet ist. Wer dies nicht freiwillig macht, der muss konsequent abgeschoben werden!



Die Rede können Sie sich hier anschauen: <https://youtu.be/V5uQkNegGYE>

Über Anregungen, Kritik oder positive Rückmeldungen bin ich stets dankbar. Ich wünsche Ihnen viel Spaß mit dieser Lektüre!

Mit den besten Grüßen

Ihr

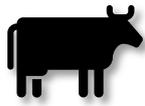
Thiemo Röhler, MdL

Thiemo Röhler, MdL

Mittelstraße 7a
27472 Cuxhaven

Telefon: 04721 666 47 20
Telefax: 04721 666 47 22

landtag@thiemo-roehler.de
www.thiemo-roehler.de



Wir brauchen in unserer Gesellschaft einen Wandel, der dem **Tierschutz** einen anderen Stellenwert gibt

Tierschutzverstöße an Schlachthöfen sind nicht hinnehmbar und mit dem Entschließungsantrag ´Arbeitnehmerschutz und Tierschutz in Schlachthöfen verbessern – System ganzheitlich denken´, hat der Niedersächsische Landtag ein ganzes Paket von Maßnahmen verabschiedet“, erklärt Thiemo Röhler. Jeder einzelne trägt dazu bei, das Risiko von Verstößen und Straftaten in diesem Bereich zu minimieren.



Weiter führt der Landtagsabgeordnete aus: „Wir brauchen in unserer Gesellschaft einen Wandel, der dem Tierschutz einen anderen Stellenwert gibt. Ohne eine andere Wertschätzung und mehr Respekt vor dem Mitgeschöpf Nutztier werden wir weiter mit Verfehlungen und Skandalen leben müssen.“

Thiemo Röhler mahnt ein Umdenken bei Verbrauchern, bei Landwirten und ihren Mitarbeitern, bei Vermarktern und in den Schlachthöfen an. „Tierschutz fordern und die Kaufentscheidung für das Lebensmittel Fleisch im Wesentlichen am günstigsten Preis festzumachen, ist ein nicht auflösbarer Zielkonflikt“, so Thiemo Röhler, MdL.



Verpflichtendes **Tierwohllabel** nützt Landwirten, hilft Verbrauchern und schützt unsere Tiere

„Es ist an der Zeit, dass wir unseren Mitgeschöpfen gegenüber mehr Respekt zeigen. Deswegen begrüßen und unterstützen wir die Bundesratsinitiative unserer Landwirtschaftsministerin Barbara Otte-Kinast, ein verpflichtendes Tierwohllabel einzuführen. Mit diesem Label können wir mehr Tierwohl verpflichtend in der Fläche etablieren“, so der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion Dirk Toepffer in der heute von der CDU-Fraktion angemeldeten aktuellen Stunde zum Tierwohllabel.

„Ein verpflichtendes Tierwohllabel nützt unseren Landwirten, hilft den Verbrauchern und schützt unsere Tiere. Die Verbraucher wollen ein Tierwohllabel, das Auskunft über Haltung, Transport und Schlachtung der Tiere gibt. Dem müssen wir Rechnung tragen“, so Toepffer.

Für die CDU-Landtagsfraktion sei aber auch klar, dass die Einführung eines solchen Labels nicht gegen die Landwirte erfolgen darf: „Unser Ziel ist es, die Einführung des Tierwohllabels gemeinsam mit unseren bäuerlichen Familienbetrieben zu erreichen. Gemeinsam, transparent und fair. Höhere Aufwendungen und Investitionen für mehr Tierwohl müssen durch höhere Preise bezahlt werden“.





Lösung für Ausbau des BAB Kreisels gefunden!

Seit März 2017 nutzt unter anderem das Unternehmen Vestas den Hafen in Cuxhaven für den Umschlag Ihrer Komponenten, die zur Errichtung von Windenergieanlagen notwendig sind. In diesem Zusammenhang hat jüngst die Firma BREB entsprechende Hafenanlagen von NPorts gemietet.

„Die Beteiligten haben bei der Ausführung leider erhebliche Schwierigkeiten, aufgrund von „Zwischenlösungen“ mit mobilen Ampeln und nicht ausreichender Befestigung des Kreisverkehrs“, erklärt der CDU-Landtagsabgeordnete Thiemo Röhler.

Röhler weiter: „Seit mehreren Monaten stehen die Stadt mit ihrer Wirtschaftsförderung und die Straßenbaubehörden in engem Austausch. Nach einem persönlichen Gespräch mit dem Niedersächsischen Wirtschaftsminister Dr. Bernd Althusmann (CDU), ist nun der Knoten durchgeschlagen worden. Ich habe auf Nachfrage erfahren, dass die in Stade sitzende Außenstelle der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr angewiesen worden ist, den Kreis zu asphaltieren“.

Röhler weiter: „Ich bin sehr froh, dass dann auch eine gefestigte Ampelanlage installiert werden wird. Mit dem umgebauten Autobahnkreisel wird Cuxhaven an der deutschen Küste ein Alleinstellungsmerkmal haben, mit dem wir unserer Hafenwirtschaft deutlich den Rücken stärken“.





Regierungskoalition will digitaler bauen **BIM-Fortbildungen auch an Meister- und Berufsschulen**

Die Regierungskoalition bringt das digitale Bauen in Niedersachsen voran. In abschließender Beratung haben CDU und SPD die Landesregierung aufgefordert, weitere Erkenntnisse über das bereits beim Bau von Hochschulen, Krankenhäusern oder ICE-Trassen erprobte Building Information Modeling (BIM) zu gewinnen. „Wir wollen mit zusätzlichen Pilotprojekten die Maßnahmen des Bundes sinnvoll ergänzen und betrachten daher vor allem den Einsatz von BIM im Bereich kleinerer öffentlicher Erweiterungsbauten, des privaten Hausbaus und bei der Planung neuer Radwege“, sagt der CDU Landtagsabgeordnete Thiemo Röhler. Die Koalition folge damit einer Empfehlung der CDU-Fraktionsklausur zum Städte- und Wohnungsbau in Niedersachsen.

Vor dem Hintergrund der heute erfolgten Gründung des BIM-Clusters Niedersachsen, das insgesamt 26 unabhängige Vertreter der gesamten Wertschöpfungskette der Baubranche zusammenbringt, fordert Bley, die verschiedenen Akteure der öffentlichen und privaten Hand verstärkt für den Einsatz von BIM weiterzubilden: „In Oldenburg und Hannover besteht eine solche Möglichkeit schon heute. Die buildingSMART-Regionalgruppen und das neue BIM-Cluster sollten intensiv in Überlegungen eingebunden werden, wie die Weiterbildung an weiteren Standorten verankert werden kann. Dabei setzen wir nicht nur auf die Hochschulen, sondern auch auf die Meisterschulen des Handwerks sowie die Berufliche Bildung.“



CDU beschließt 10-Punkte-Papier für einen modernen Städte- und Wohnungsbau in Niedersachsen

Der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Dirk Toepffer, zeigte sich zufrieden mit den Ergebnissen der Beratungen der Fraktionsklausur in Verden zum Thema Städte- und Wohnungsbau: „Mit unserem 10-Punkte-Papier schaffen wir den roten Faden für eine moderne Städte- und Wohnungsbaupolitik in Niedersachsen. Wir sagen der Wohnungsnot den Kampf an – egal ob im privaten oder im geförderten Wohnungsmarkt!“ Er verwies auf die jüngst von den Koalitionsfraktionen bereitgestellten Wohnungsbaufördermittel von 400 Mio. Euro. Die nun vorgestellten Vorschläge sollen eine möglichst effiziente Verwendung der verfügbaren Mittel sicherstellen. „Der Wohnungsbau ist zu teuer, zu langsam und zu bürokratisch“, kritisierte der baupolitische Sprecher Martin Bäumer. „Wir brauchen konkrete Anstrengungen auf Bundes- und Landesebene, um dieser Entwicklung entgegenzuwirken.“



Es gibt seiner Meinung nach kein Erkenntnis-, sondern ein Umsetzungsproblem. „Besonders vielversprechend sind die Vorschläge des Bündnisses für bezahlbares Wohnen“, ist Bäumer überzeugt. Aufgabe der Politik sei es jedoch, den umfangreichen Katalog an Vorschlägen zu priorisieren und zügig umsetzbare Maßnahmen zu identifizieren.

Dirk Toepffer kündigte an, das 10-Punkte-Papier zur Grundlage für die weiteren Beratungen mit dem Koalitionspartner zu machen. „Wir glauben, dass wir auf diesem Wege unser Ziel erreichen können: mehr bezahlbarer und attraktiver Wohnraum in ganz Niedersachsen.“ Wichtig sei dabei, das Wünschenswerte vom Machbaren zu trennen. „Im Wohnungsbau darf nicht mehr auf Zeit gespielt werden. Am wenigstens gebrauchen können wir Enteignungs- und Umverteilungsfantasien, die notwendige Investitionen weiter verzögern.“



"Gute-Kita-Gesetz" gut für Niedersachsen

Der CDU-Landtagsabgeordnete Thimeo Röhler begrüßt die heutige Vertragsunterzeichnung zwischen dem Bund und dem Land Niedersachsen zum „Gute-Kita-Gesetz“:

Nach mehrmonatigen Verhandlungen wurde heute die Vereinbarung zwischen Bund und Land zur Umsetzung des „Gute-Kita-Gesetzes“ unterzeichnet. Ein guter Tag für die frühkindliche Bildung in Niedersachsen: Für mehr Qualität aber auch für Klarheit bei der Umsetzung der Kindergartenbeitragsfreiheit.

Wir halten das ein, was wir mit den kommunalen Spitzenverbänden vereinbart haben: Ein Härtefallfonds von 57,7 Mio. Euro für die Kindergartenbeitragsfreiheit und 20 Mio. Euro für die beitragsfreie ersetzende Kindertagespflege.

Zwei Dinge, die jetzt rechtlich schnell umgesetzt werden müssen, damit die kommunalen Träger bis zum Start des neuen Kindergartenjahres endlich klare Verhältnisse bei der Ausgestaltung der Kindergartenbeitragsfreiheit erhalten.“





HVV-Gebietsausweitung länderübergreifende Erfolgsgeschichte – Koalition will Kapazitäten erhöhen

Niedersachsen und Hamburg wachsen enger zusammen: „Wenn Ende dieses Jahres die Landkreise Cuxhaven, Rotenburg, Heidekreis und Uelzen sowie Teile von Lüchow-Dannenberg in das HVV-Gebiet aufgenommen werden, wird annähernd jeder fünfte Niedersachse von den vergünstigten Tarifen des Hamburger Verkehrsverbundes profitieren. Damit entlasten wir zigtausende Pendler ebenso wie die Straßen im Hamburger Umland. Das ist eine länderübergreifende Erfolgsgeschichte, an der unser Wirtschaftsminister Bernd Althusmann großen Anteil hat“, sagt der CDU-Landtagsabgeordnete Heiner Schönecke. Den seit 2005 massiv gestiegenen Fahrgastzahlen will die Regierungskoalition von CDU und SPD mit erhöhten Kapazitäten und Investitionen in die Bahnhof-Infrastruktur begegnen.

Angesichts erheblicher Belastungen für Pendler und chaotischer Szenen am Hamburger Hauptbahnhof fordern die Fraktionen unter anderem, die Zug-Taktung zu erhöhen, zusätzliche Waggons einzusetzen und eine Verlängerung der S-Bahn bis nach Lüneburg oder Tostedt zu prüfen. Auch die Bahnhöfe sollen modernisiert werden: „Wir sollten anschieben, für was wir zuständig sind und unsere Bahnhöfe fit machen. Das betrifft auch den Ausbau von Park&Ride-Angeboten sowie Ladestationen für Pedelecs und Elektrofahrzeugen“, so Schönecke. Einen entsprechenden Antrag hat der Landtag heute beschlossen.



Zur Entlastung des Hamburger Hauptbahnhofes schlägt der CDU-Abgeordnete neben einem Ausbau darüber hinaus vor, dass Züge des Betreibers Metronom nach kurzem Halt beispielsweise in Kiel oder umgekehrt aus Schleswig-Holstein in Lüneburg enden: „Wenn es sich nur um Ausschreibungsprobleme zwischen den Bundesländern handelt, müssen diese gelöst werden“, so Schönecke, der sich abschließend für ein zeitgemäßes Bezahlssystem im HVV ausspricht: „Diese Ringe um Hamburg sind doch von gestern. Die Zukunft ist digital und vernetzt, und wenn man die Kunden dabei mitnimmt, wird das auch funktionieren.“